



---

---

## **Ausschuss für Heimat und Kommunales**

### **29. Sitzung (öffentlich)**

10. November 2023

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:02 Uhr bis 12:12 Uhr

Vorsitz: Guido Déus (CDU)

Protokoll: Vanessa Kriele

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

- |                                                                                                                                           |           |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| <b>Vor Eintritt in die Tagesordnung</b>                                                                                                   | <b>7</b>  |
| Im Ausschuss regt sich kein Widerspruch gegen den Wunsch von Andreas Keith (AfD), TOP 8 heute nicht zu behandeln.                         |           |
| <b>1 Aktuelle Viertelstunde gemäß § 60 GO LT NRW (beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 1])</b>                                   | <b>8</b>  |
| <b>2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2024 (Haushaltsgesetz 2024)</b> | <b>12</b> |
| Gesetzentwurf<br>der Landesregierung<br>Drucksache 18/5000                                                                                |           |
| Erläuterungsband Einzelplan 08<br>Vorlage 18/1424                                                                                         |           |

Beantwortung von Fragen der Fraktionen  
zum Bereich „Heimat und Kommunales“  
Vorlage 18/1888

Vermerk über das Berichterstattegespräch zum Einzelplan 08  
Vorlage 18/1886

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Einzelplan 08 in seinem Zuständigkeitsbereich mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und AfD zu.

**3 Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2024 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2024 – GFG 2024) 20**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 18/5800

Ausschussprotokoll 18/384 (Anhörung vom 20.10.2023)

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf Drucksache 18/5800 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und AfD zu.

**4 Sonnenenergie: Kommunale Bauvorschriften dürfen „Freiheitsenergien“ nicht ausbremsen 25**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/4133

Ausschussprotokoll 18/347 (Anhörung vom 15.09.2023)

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimme der FDP-Fraktion bei Enthaltung der SPD-Fraktion ab.

**5 Zur Halbzeit der Agenda 2030: die globalen Nachhaltigkeitsziele in Nordrhein-Westfalen konsequent umsetzen** **28**

Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 18/4558

Ausschussprotokoll 18/349 (Anhörung vom 18.09.2023)

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und AfD zu.

**6 Digitalisierung der kommunalen Verwaltung neu denken und standardisierte und gemeinsame Software fördern** **30**

Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 18/5407

Ausschussprotokoll 18/381 (Anhörung vom 19.10.2023)

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und FDP bei Enthaltung der AfD-Fraktion zu.

**7 Brandbrief der Städte und Gemeinden an den Ministerpräsidenten – Unsere Kommunen brauchen eine kommunalfreundliche Landesregierung 32**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 18/6383

– Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt auf Vorschlag der antragstellenden Fraktion überein, am 19.01.2024 eine Anhörung durchzuführen und die kommunalen Spitzenverbände fraktionsunabhängig zu laden. Zusätzlich können pro Fraktion zwei weitere Sachverständige benannt werden.

**8 Gesetz zur Stärkung der direkten Demokratie bei der Errichtung neuer Flüchtlingsunterkünfte und des kommunalen Mitspracherechts bei der Zuweisung des Landes an die Kommunen gemäß Flüchtlingsaufnahmegesetz 33**

Gesetzentwurf  
der Fraktion der AfD  
Drucksache 18/6379

– wird nicht behandelt

**9 Ermöglichen statt ausbremsen – Kitagründungen durch Elterninitiativen vereinfachen und stärken 34**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/6366

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen aller Fraktionen, sich nachrichtlich an der vom federführenden Ausschuss für den 13.03.2024 geplanten Anhörung von Sachverständigen zu beteiligen.

- 10 Aktueller Sachstand zur Fluthilfe und zum Wiederaufbau** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 2]*) **35**
- Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/1895 (Neudruck)
- Wortbeiträge
- 11 Aktueller Sachstand zur Zuweisung, Unterbringung und Versorgung von geflüchteten Menschen** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3]*) **37**
- mündlicher Bericht der Landesregierung
- Wortbeiträge
- 12 Verschiedenes** **39**
- hier: **Sitzungstermine im Dezember**
- Der Ausschuss kommt überein, bei der nun für den 06.12.2023 um 16 Uhr geplanten Sitzung Abstimmungen in Fraktionsstärke durchzuführen.

\* \* \*



## 5 Zur Halbzeit der Agenda 2030: die globalen Nachhaltigkeitsziele in Nordrhein-Westfalen konsequent umsetzen

Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 18/4558

Ausschussprotokoll 18/349 (Anhörung vom 18.09.2023)

– abschließende Beratung und Abstimmung

*(Überweisung an den Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume – federführend – sowie an den Ausschuss für Heimat und Kommunales am 16.06.2023)*

**Dr. Ralf Nolten (CDU)** stellt fest, die Anhörung habe ihn insbesondere darin bestärkt, den siebten Punkt des Antrags, also einen Ausbau der Beratung der Kommunen, umsetzen zu wollen. Der Vertreter des Handwerks habe darum gebeten, nicht in Lieferketten zu denken, sondern auf die Leistung zu schauen. Der Antrag zielen gerade auf die zweckdienliche Formulierung von Ausschreibungen ab. Das Wuppertal Institut und der Städtetag hätten bei einzelnen Kommunen sehr gute Ansätze für Produktdefinitionen und Managementsysteme festgestellt. Eine intensivere Beratung könnte das Ganze auch in anderen Kommunen voranbringen.

**Dirk Wedel (FDP)** kritisiert, der Antrag erwähne die Kommunen nur in einem Spiegelstrich und springe damit viel zu kurz. In der Anhörung sei es nämlich fast ausschließlich um diese gegangen. Die Kommunen wünschten sich unter anderem die Berücksichtigung kommunalen Know-hows in der Nachhaltigkeitsstrategie. Sie wollten als zentrale Akteure mitgestalten und nicht nur umsetzen. Der Antrag sehe dagegen lediglich eine Beratung der Kommunen vor und werde deren Rolle damit nicht gerecht.

Schwarz-Grün habe auf gute Erfahrungen mit der Ausgestaltung von Nachhaltigkeitsleitlinien in der Bezirksregierung Arnsberg verwiesen. Dies habe jedoch in der Anhörung überhaupt keine Rolle gespielt. Stattdessen sei dort vor allem gelobt worden, wie gut und fortschrittlich in Hessen vorgegangen werde.

**Dr. Ralf Nolten (CDU)** entgegnet, die Kommunen wären sehr wohl gefragt, etwa im Rahmen des Nachhaltigkeitsbeirats oder dann, wenn es um Governance und Beteiligungsstrukturen gehe. Auch er selbst habe sich in der Anhörung nach Erfahrungen aus den Kommunen erkundigt. Gerade darum hätten ihn kommunale Produkte aus Hessen mehr interessiert, als die Hinweise aus der Landesverwaltung in NRW.

Auch nach Ansicht von **Justus Moor (SPD)** springt der Antrag viel zu kurz. Seines Erachtens könnte in den Kommunen viel mehr Wirkung erzielt werden. Die 17 SDGs

würden in dem Gesamtantrag nur zweimal erwähnt, dafür aber deren Umsetzung gelobt, obwohl wesentliche Ziele ins Hintertreffen geraten seien, darunter das SDG 3 „Gesundheit und Wohlergehen“ und das SDG 4 „Hochwertige Bildung“. Der Antrag wolle Vorhandenes fortschreiben, ergänzen, ausbauen und verstetigen, ohne sich darauf festzulegen, welche Maßnahmen sich bewährt hatten und welche neu entwickelt werden müssten. Daher halte er ihn für nichtssagend.

**Dr. Robin Korte (GRÜNE)** zeigt sich erfreut darüber, dass bisher kein Punkt des Antrags inhaltlich kritisiert worden sei, sondern lediglich gefordert werde, aus kommunaler Sicht müsse noch mehr getan werden. Daran lasse sich anknüpfen. Insgesamt begrüße er das Einverständnis darüber, dass Nachhaltigkeit auf der kommunalen Ebene gelebt und verankert werden müsse. Darüber hinaus setze der Antrag jedoch auch viel Unterstützenswertes um, was nicht vorrangig die Kommunen betreffe.

Der Ausschuss stimmt dem Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und AfD zu.